

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frgi ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Peltzelle oder deren Raum 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerel Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad.

Nummer 84

Wildbad, Mittwoch, den 14. April 1920.

54. Jahrgang

Die Ziele Frankreichs.

In einer Besprechung höherer französischer Offiziere des Besetzungsgebiets, die am 9. April in Mainz stattfand und die der Deutschland gegenüber zu befolgenden Politik galt, wurden folgende Richtlinien aufgestellt, die in Uebersetzung wiedergegeben werden:

Die Rheinlinie ist nötig, um uns dauernde Sicherheit und die Gewißheit zu geben, daß wir vor Nachgedanken der deutschen Militärkaste geschützt sind. Wohl ist die Besetzung des linken Rheinuferes von großer Bedeutung, aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Abschnitt, und einigen sonstigen Mittelpunkten befindet sich auf dem linken Rheinufer kein großer jüdischer Reichtum Breukens. Deshalb müßte dem Pufferstaat auch derjenige Teil des rechten Rheinuferes angegliedert werden, der Frankfurt a. M. und Umgebung, das Ruhrgebiet und die Düsseldorf-Industrie umfaßt. Köln wird in vier Jahren geräumt, Koblenz wohl auch; wenn vorher die rechte und die linke Seite des Rheins nicht angegliedert sind, können wir es erleben, daß wir Mainz und die Pfalz auch aufgeben müssen. Bis dahin sind die Schulden nicht bezahlt, ist Deutschland wieder hochgekommen und bildet eine Gefahr besonders durch seine Kohlen, seine Industrietechnik und den Rhein, der der Kanal für die Rohstoffe nach Rheintland, Westfalen und Süddeutschland ist.

Jede Verlegenheit Deutschlands ist daher zu benutzen, um damit Vorteile für uns zu erlangen. Da sich England nicht allzuweit von der Küste binden will, und wir die Nachbarn sind, Amerika aber genug mit Japan und England zu tun hat, müssen wir, solange wir freie Hand haben, alles tun, um uns festzusetzen und unsere Verbündeten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Vom nächsten Weltkrieg werden wir weniger berührt als England, Amerika und Japan. Innere Unruhen politischer Art sind kaum zu befürchten, wobei Elsass-Lothringen stark entgegenzukommen sind. Die Sozialisten sind ja schon bei uns zurückgedrängt.

Deutschland wäre am besten in fünf bis sechs größere Bundesrepubliken zu zerlegen und zwar

- 1) Bayern, Baden, Württemberg,
- 2) Rheinische Republik mit beiden Ufern,
- 3) dem Norden: Pommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein, die in der Hauptsache agrarisch sind; die Hansestädte sind dann belanglos,
- 4) Thüringen und Sachsen, alle Industriezentren als mitteldeutsche Republik,
- 5) Berlin mit Schlesien und einem kleinen Teile Pommerns mit der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien und Pest.

Insbesondere ist die innere Unmöglichkeit der Koalitionsregierung, die die Gegensätze vom Zentrum bis zum Mehrheitssozialismus umfaßt und damit gegen die adeligen Offiziere und Beamtenreaktionäre zu kämpfen hat, so zu benutzen, sowohl positiv wie negativ. Im Bund mit dem schwer zerstörten Belgien können wir auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrags einmarschieren und uns festsetzen. Zugleich müssen wir die mittlere kapitalistische Richtung in Deutschland und die Unabhängige sozialdemokratische Partei für uns interessieren als negative Bundesgenossen gegen die Berliner Regierung und ihnen glauben machen, daß ihr Glend von Berlin kommt, damit sie gegen Berlin und die Regierung marschieren. Dann können wir, wenn im Ruhrgebiet Unruhen entstehen, mit den Belgiern als Nachbarn und am meisten Interessierte dort einrücken. Bis dahin ist der rechte Flügel befestigt und in der Verwaltung beruhigt.

Haben wir aber die beiden Flügel, so fällt die Mitte gegenüber dem englischen und amerikanischen Abschnitt mit aus einer Range uns von selbst zu und damit wäre die Rheinische Republik geschaffen, aber auf beiden Seiten des Rheins. Der Generalsstreik ohne

Unabhängige sozialdemokratische Partei und Bürgerliche ist in der rheinischen Republik unmöglich, besonders unter dem Belagerungszustand. Er fällt auf die Mehrheitssozialisten und eventl. die Demokraten zurück. Zielbewusste, kluge Politik setzt uns in ein bis zwei Jahren in den Besitz dessen, was Foch will, nämlich die militärische Rheingrenze mit starken Brückenköpfen ohne ernstlichen Widerstand Deutschlands und unserer Verbündeten.

Dieser wirklich reizende Plan sagt uns nichts Neues: seit dem Waffenstillstand ist es ganz klar, daß Frankreich darauf ausgeht, Deutschland zu zerreißten und mindestens das linksrheinische Gebiet für sich zu nehmen. Aber es ist doch immerhin interessant, an der Hand dieser neuesten Feststellung die erbärmliche Heuchelei zu beleuchten, mit der der französische Ministerpräsident Millerand eben noch den Friedensbruch und die Besetzung der Rheinlinie vor Deutschland und vor den eigenen Verbündeten bemängeln zu können glaubte.

Neues vom Tage.

Schwierigkeiten im neuen Reichswahlgesetz.

Berlin, 13. April. Der Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung begann gestern die Beratung des Entwurfs eines Reichswahlgesetzes. Reichsminister Koch erklärte, besonders schwierig werde die Wahlkreisfrage sein. Es sei die Frage, ob man auf die Neueinrichtung der „elastischen Wahlkreise“ wegen der Kürze der Zeit und der dabei notwendigen Umbildung der Parteien eingehen könne. Wahrscheinlich werde man die Kreise von der letzten Wahl im wesentlichen beibehalten. Die Neuerung der Einführung des automatischen Systems (je 60 000 Stimmen ergeben einen Abgeordneten) sei hingegen leicht durchzuführen.

Sturm an der Börse.

Berlin, 13. April. Die Ankündigung der Regierung, daß gemäß dem Friedensvertrag die Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapiere der durch die Besetzung der Verbündeten zugelassenen Gesellschaften zum Zweck der Beschlagnahme anzumelden seien, hat gestern an den Börsen solch stürmische Aufregung hervorgerufen, daß die Börsen in Berlin, Frankfurt und Hamburg geschlossen wurden. Die Börsenleute sind namentlich darüber aufgebracht, daß die Regierung den Handel mit diesen Papieren noch weiter gestattete, obgleich sie wußte, daß sie abgeliefert werden sollen, und daß nach den inzwischen erfolgten starken Kurssteigerungen der Kursstand vom 10. Januar 1920 als Entschädigungskurs festgesetzt werden soll.

Nichterstreit in Oberschlesien.

Wentzen i. D., 13. April. Anlässlich der Ausweisung des ersten Staatsanwalts streikten die hiesigen Richter. Alle Termine wurden aufgehoben. Ebenso streikten alle mittleren und unteren Justizbeamten des Land- und des Amtsgerichts Wentzen. Man trat mit den ober-schlesischen Gerichten in Fühlung, um einen allgemeinen Streik der Gerichtsbeamten des ganzen Abstimmungsgebiets herbeizuführen.

Streik in Oberschlesien.

Gleiwitz, 13. April. Da der Arbeitgeberverband der Schwerindustrie den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses über die Gehaltsforderungen der Angestellten abgelehnt hat, haben die Angestelltenverbände in Oberschlesien beschlossen, am 15. April den Generalsstreik zu erklären.

Weitere Meldungen des Hölz.

Plauen, 13. April. Der Kommunist Hölz ist mit 200 „Rotgardisten“ nach Klingental an der böhmischen Grenze geflüchtet. Er verhandelte mit den tschechischen Behörden wegen des Uebertritts nach Böhmen, jedoch ohne Erfolg. Er forderte alle Fabrikanten und Geschäftsleute in Klingental auf, in einer Versammlung zu erscheinen, wo er von jedem 50 000 bis 150 000 Mark zur Unterstützung seiner Horde verlangte. Die Fabrikanten mußten bis zum Abend eine Million aufbringen. Das Geld soll zum Teil schon abgeliefert sein. Da aber die Klingentaler Filiale der Bogtländischen Bank die zur Ergänzung fehlenden 600 000 Mark nicht vorrätig hatte, sandte Hölz drei Bankbeamte in einem sei-

ner Kraftwagen nach Plauen, um dort die Summe zu erheben. Die Beamten wurden von der Polizei in Plauen verhaftet und der Wagen beschlagnahmt. Hölz drohte mit scharfen Maßnahmen, worauf die Bogtländer Bank eine Million nach Klingental abhandte. In Adorf und Bad Elster mußten die Fabrikanten 150 000 Mark aufbringen und sich zu einer wöchentlichen Zahlung von 60 000 Mark verpflichten.

Prag, 13. April. Bewaffnete Banden des Räuberhauptmanns Hölz flüchten vor den Reichswehtruppen gegen die böhmische Grenze. Verschiedene kleinere Truppen haben die Grenze an mehreren Stellen überschritten. Sie wurden von tschechischen Soldaten entwaffnet und interniert.

Bochum, 13. April. Der Rote Zentralrat bestreitet, daß er sich an die Entente gewandt habe, um den Einmarsch von Entente-Truppen in das Ruhrgebiet zu veranlassen.

In Bochum sind von 5000 Gewehren noch nicht ganz 2000, in Essen von 8000 Gewehren bis jetzt nur 1000 abgegeben worden. Auch in Oberhausen hat die Aufforderung zur Waffenablieferung nur wenig Erfolg gehabt.

Französisch: Heuchelei.

Frankfurt a. M., 13. April. Die französische Besatzungsbehörde gibt bekannt, sie tue alles, um Frankfurt mit Kohlen zu versorgen und sein Wirtschaftsleben zu fördern. Wenn keine Kohlen eintreffen, so treffe die Reichsregierung die Schuld, die durch die militärische Unternehmung im Ruhrgebiet die Kohlenförderung immer schwieriger mache.

Deutschenausweisung aus Haiti.

Berlin, 13. April. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, hat die Regierung der Republik Haiti ohne triftigen Grund und ohne gesetzliche Handhabe den in Haiti seit Jahrzehnten ansässigen Deutschen — etwa 60 an der Zahl — den Befehl gegeben, das Land in kurzer Frist zu verlassen. Die haitianische Regierung gibt als Grund an, daß die Deutschen den letzten Regeraufstand vom 16. Januar 1920 unterstützt hätten.

Scheinbares Nachgeben Frankreichs.

Paris, 13. April. Der „Temps“ veröffentlicht eine halbamtliche Note, in der gesagt wird, die deutsche Regierung habe um die Verlängerung des Abkommens vom August, das am 10. April abgelaufen sei, um drei Monate ersucht. Wenn der Oberste Rat in der Konferenz von San Remo sich mit der Frage beschäftige und die deutschen Truppen in der neutralen Zone auf den Stand, der in dem Abkommen festgelegt sei, vermindert werden, so sei es keineswegs die Absicht Frankreichs, durch die Verlängerung der militärischen Besetzung den Anschein zu erwecken, als ob es einen Druck auf die Entscheidung des Obersten Rats ausüben wolle. Die Zahl der deutschen Truppen festzusetzen, sei aber eine Angelegenheit der Ueberwachungskommission. Die französische Regierung sei immer entschlossen gewesen, die besetzten Städte sofort zu räumen, sobald die Verbündeten Deutschland dazu gebracht haben, den Friedensvertrag einzuhalten.

Paris, 13. April. Der englische Botschafter Lord Derby stattete gestern Millerand einen Besuch ab, um ihn im Namen seiner Regierung um einige Aufklärungen zu bitten, die der französische Ministerpräsident sofort gegeben hat.

Lord Derby erklärte Millerand, die deutschen Städte müssen alle zugleich geräumt werden und nicht in zeitlichen Zwischenräumen.

Millerand versicherte, daß die deutschen Städte auf dem rechten Rheinufer wieder vollständig geräumt würden. (Wann? D. Schr.) Die deutschen Truppen im Ruhrgebiet haben die Zahl, wie sie am 8. August 1919 bestimmt wurde, weit überschritten. Die deutsche Delegation habe am 8. April Verlängerung des Abkommens verlangt, dessen Frist am 10. April abließ, zu welcher Zeit die Deutschen die neutrale Zone hätten räumen müssen. Deutschlands Verlangen würde vom technischen Standpunkt aus durch eine militärische Kontrollkommission geprüft werden und den Gegenstand eines Beschlusses der Chefs der Regierungen auf der Konferenz von San Remo sein.

Deutsche Nationalversammlung.

Reichszentraler Mäcker über den französischen Einbruch.

Berlin, 12. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr und teilt mit, dass ein Telegramm des Hrn. Wigha eingetroffen ist, das die Abgeordneten aus Oberitalien von der Seite und der Ausübung ihrer Mandate bittet werden. (Hört! hört! unerschrocken!) Ein gleiches Telegramm ist von dem Abgeordneten Hartmann eingegangen. Gegen diese unerhörten Eingriffe werde der schärfste Protest eingelegt und die Regierung gebeten, sofort die nötigen Schritte zu tun. Die Nationalversammlung werde voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Eingegnahme der Regierungserklärung.

Reichszentraler Mäcker: Der Präsident hat loben mit Recht Protest erhoben gegen das völkerverwundliche Verhalten der Entente. Ähnliche Meldungen liegen aus Masuren vor. Die Regierung wird energisch dagegen vorgehen. Dem übermächtigen französischen Militarismus können wir nichts entgegenzusetzen als unser gutes Recht. Senegal-Neger hielten in der Frankfurter Universität die Teleskope über die Mainau. Der Rapp-Busch war eine Offiziersrevolte. Die Reichswehr hatte das Vertrauen bei der Arbeiterkassette verloren. Das ist die Schuld der Kapitulanten. (Widerspruch und Lachen rechts.) Ihre Rapp kein Generalfeldmarschall, ohne diesen keine Rote Armee im Ruhrgebiet. Die Arbeiter sind zu ihrer Arbeit zurückgekehrt, aber der Janhagel des Ruhrreviers machte sich die Lage zu ungen. Dagegen mußte die Regierung eintriften und so marschierte die Reichswehr ein. Selbst die Anhängen forderten den Einmarsch. Wir wollen die Reichswehr nur da einziehen, wo es unbedingt nötig ist, die Opfer der Reichswehr betragen rund 600 Mann. Dies sollte sie vor Vorwürfen schützen. Solange es noch eine Möglichkeit der friedlichen Verständigung gab, mußten wir warten, aber als die den Einmarsch verlangten, mußten wir vorgehen oder abdanken.

Wir mühten einmütlich, ohne die Einwilligung Frankreichs erlangt zu haben, welche die Unternehmung für unnötig und gefährlich erklärte. Die Notwendigkeit zu beurteilen, war Sache der deutschen Regierung. (Beifall.) Frankreich hat den Mut, sich durch das Vorgehen in seiner militärischen Lage bedroht zu erklären, trotz der 1000 Mann in der neutralen Zone gegenüber der waffenstarken Besatzungsarmee. Wir haben eine formale Untertänigkeit eingegangen. Das Militär hat sich bedroht. Wir erheben gegen die französische Regierung Anklage, den Verfall der Verträge zu verletzen und den Völkerbund, noch ehe er in Kraft getreten ist, um jeden Kredit gebracht zu haben. Die französische Note wurde uns in Paris übergeben drei Stunden nach dem Einrücken in Frankfurt. Krieg oder Frieden, ein drittes gibt es nicht, wenn nicht die Anarchie alles verschlingen soll.

England und Italien scheinen das einzusehen. Allerdings würde es verfehlt sein, daraus zu schließen, daß der Bestand der Entente gefährdet sei. Wir wollten die Waffen im Privatbesitz im Ruhrgebiet einsammeln. Frankreich hindert uns daran.

Die Einwohnerwehren, die keine militärischen Organisationen sind, richten sich gegen die Veränderungen und gegen die Anarchie. Die Regierung hat mit den Ländern über die Auflösung der Einwohnerwehren nur verhandelt auf Druck der Entente, nicht auf Druck der Gewerkschaften. Eine Nebenregierung der Gewerkschaften lehnen wir ab. Mitregieren kann nur der, der die Verantwortung mit übernimmt. Die Gewerkschaften hatten zahlreiche Forderungen ultimativem Charakters gestellt. Allerdings lege ich den größten Wert darauf, die Wünsche der organisierten Arbeiterschaft zu hören. Nach dem Sturz der Reichspolitiker wird das deutsche Volk eine Demokratie sein oder es wird nicht sein.

Das Duell Frankreich-Deutschland muß aufhören. Frankfurt, das Herz Europas, ist getroffen. Ehr Frankfurt nicht frei ist, werden alle schönen Worte der Verständigung verhallen. Frankreich hat alle national-militärischen Instinkte wieder erweckt. Die Nationalisten aller Länder leisteten die besten Dienste. Wir erlauben dem Militarismus keine Rückkehr. Die militärische Aktion im Ruhrgebiet neht ihrem Ende entgegen. Die Truppen werden schnellstens zurückgezogen. Damit wird hoffentlich auch die Besetzung des Mainaues ihr Ende erreichen. Wir wollen eine Abkehr von allen Kriegsanschauungen und allen Kriegsmitteln.

Morgen: Anfragen, Berechnung der Erklärung der Regierung u. a. Schluß nach 4 1/4 Uhr.

Das neue Reichswahlgesetz.

Der folgende vorläufige Entwurf des Reichswahlgesetzes ist veröffentlicht:

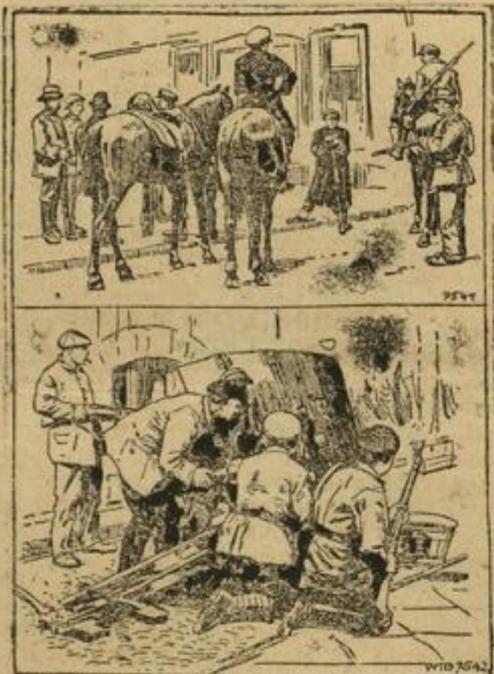
In jedem Wahlkreis können von mindestens 50 Wählern Kreiswahlvorschläge eingereicht werden. Sie dürfen ein- oder mehrere Namen enthalten, wie die Zahl der Abgeordneten beträgt, für die der Wahlkreis bemessen ist. Am 21. Tage vor der Wahl sind die Kreiswahlvorschläge einzureichen. Statt beim Kreiswahlleiter können beim Verbandswahlleiter auch Verbandswahlvorschläge durch 50 Wähler der Wahlkreise des Verbands eingereicht werden; das bedeutet, daß nicht nur für die fünf Wahlkreise der Provinz, sondern auch für ganz

Württemberg aufgestellt werden können. In den Wahlkreisen des Verbandswahlkreises oder des Wahlkreises kann ein Bewerber nur einmal genannt werden. Endlich können noch beim Reichswahlleiter Reichswahlvorschläge mit beliebig viel Namen eingereicht werden. Hier sind auch Bewerber gestattet, die in einem Kreis- oder Verbandswahlvorschlag genannt worden sind. Die Kreis- und die Verbandswahlvorschläge müssen die Erklärung enthalten, welchem Reichswahlvorschlag ihre Reststimmen zugerechnet sind. Der Stimmzettel darf nur Namen aus einem Kreis- oder Verbandswahlvorschlag enthalten. Eine Name genügt. Die Angabe einer Partei auf dem Stimmzettel wird nicht beachtet. Jedem Kreiswahlvorschlag werden fünf Abgeordnete zugewiesen, daß je einer auf 60 000 für ihn abgegebenen Stimmen kommt. Nicht verbrauchte Stimmen werden dem Reichswahlleiter mitgeteilt (Reststimmen). Der Reichswahlvorschlag zählt die in allen Wahlkreisen oder Verbandswahlkreisen auf die Reichswahlvorschläge gefallenen Reststimmen zusammen und teilt jedem Reichswahlvorschlag auf je 60 Reststimmen einen Abgeordneten zu. Die Abgeordnetenliste werden auf die Bewerber nach ihrer Reihenfolge in den Wahlkreisen verteilt. Bei Verhinderung oder Zurückziehung der Wahl durch Naturereignisse oder Gewalt findet eine Wiederholung der Wahl statt. Die Auslandsdeutschen erhalten fünf Abgeordnetenstimmen, als die Summe der von ihnen abgegebenen Stimmen durch 60 000 teilbar ist. Die Stimmzettel haben in den unabhängigen deutschen Konsulen in Europa spätestens am 20. April, in Europa spätestens am 20. Tage nach dem allgemeinen Wahltag abzugeben. Die Kosten einer Reichswahl, die den Gemeinden entfallen, werden zu vier Fünfteln vom Reich ersetzt; die übrigen Wahlkosten trägt das Reich.

Das Wahlalter bleibt 20 Jahre. Nicht berechtigt zur Wahl sind — im Gegensatz zur letzten Wahl — die Angehörigen der Wehrmacht.

Baden, das bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im Januar 1919 einen einzigen (33.) Wahlkreis bildet, wird in 4 Wahlkreise geteilt: Nr. 106 Konstanz, Nr. 107 Freiburg, Nr. 108 Karlsruhe, Nr. 109 Mannheim. Zum Wahlkreis Konstanz gehören die Kreise Konstanz, Sickingen, Wadholz und Lössach (außer Amtsbereich Müllheim). Zum Wahlkreis Freiburg der Amtsbereich Müllheim und die Kreise Freiburg und Offenburg. Zum Wahlkreis Karlsruhe die Kreise Baden, Karlsruhe, der Amtsbereich Eppingen und ein Teil des Amtsbereichs Sinsheim. Zum Wahlkreis Mannheim die Kreise Mannheim, Mosch und Heidelberg (außer Amtsbereich Eppingen) und dem gesamten Teil von Sinsheim. Die Wahlkreise Konstanz und Freiburg sind für je 4 Abgeordnete bemessen, Karlsruhe und Mannheim für je 5.

Während das Reichsparlament zurzeit 423 Vertreter zählt, wird in Zukunft die Zahl der Abgeordneten von der Wahlberechtigung abhängen. Man wird mit 420 bis 450 Abgeordneten rechnen können, wenn man von den 53,5 Millionen Seelen etwa 25 bis 28 Millionen als Wähler betrachtet.



Typen von der Roten Armee im Ruhrgebiet.

Frankfurt a. M., 12. April. Der Verein der Frankfurter Presse hat gegen die Verurteilung zweier Redakteure zu hohen Geldstrafen wegen angeblicher Verbreitung falscher Nachrichten beim französischen General-Verwalter eingelegt, da die betreffenden Nachrichten auf amtlicher Mitteilung beruhen und in einem Fall von der französischen Behörde zensuriert waren.

Die Arbeiter von Chemnitz haben sich mit 22 000 gegen 14 000 Stimmen gegen den Generalfeldmarschall ausgesprochen, falls die Reichswehr im Voigtland und im Erzgebirge einrücken sollte.

Eine neue Abgabe. Die Reichsregierung hat, wie aus Berlin gemeldet wird, dem Reichsrat eine Gesetzesvorlage zugehen lassen, nach der zur Förderung der Bauaktivität Steuern erhoben werden, mit denen die Baukosten bzw. die Zuschüsse der Gemeinden gedeckt werden sollen. Abgabefähig sind alle für dem 1. Juli 1918 erbauten Häuser, zu deren Erstellung keine Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln gegeben worden sind (Notwohnungen). Die Abgaben sollen zum Teil den Gemeinden, zum anderen Teil, der jährlich festgesetzt wird, dem Reichsbaugrundstock zufließen. Die Steuer ist vom Mieter oder dem sonstigen Nutzungsberechtigten nach der Nutzbarkeit der einzelnen Wohnungen oder sonstigen Räume zu entrichten. Für das Jahr 1920 soll sie mindestens 15 Prozent der Miete betragen. Zugleich soll ein Gesetz erlassen werden, das weitere Mietererleichterungen durch die Hausbesitzer in gewissen Grenzen halten soll. — dem neuen Gesetz würden also z. B. zunächst für eine Wohnung im Preis von 750 Mark mindestens 112,50 Mark Steuer im Jahr zu bezahlen sein.

Leipzig, 12. April. Wie das „Leipziger Tageblatt“ an zuständiger Stelle erfährt, sind einzelne Truppenteile am Sonntag nach dem Vogtland in Marsch gesetzt worden. — Nur keine Heberstürzung.

Gera, 12. April. Die Landesregierung Neuh und der Aktionsausschuß für Gera-Neuh haben an die in Frage kommenden Regierungen, bzw. an die mitteldeutschen und sächsischen Aktionsausschüsse Einladungen zu einer Konferenz am 14. April ergehen lassen, zur friedlichen Beilegung der Umtriebe des Hölz.

Schließung der Börse. Berlin, 12. April. Da wegen der türmischen Protestkundgebung gegen die angekündigte Verordnung über die Beschlagnahme der ausländischen Effekten und der Festsetzung der Entschädigung auf Grund des Kursses vom 10. Januar 1920 kein geregelter Verkehr an der Fondsbörse stattfinden konnte, mußte die Börse am heutigen Tage geschlossen werden.

Deutlicher! Paris, 12. April. Laut „Temps“ fordert die Note der britischen Regierung „in veröhnlichem Ton“ eine Auslegung des Schlusses der französischen Note, daß, Frankreich in allen interalliierten Fragen betreffend die Ausführung des Friedensvertrags in vollem Einverständnis mit den Mittelmächten handeln“ wolle. Die britische Regierung glaube, daß Frankreich sich volle Handlungsfreiheit habe vorbehalten wollen, ohne vorher mit den Alliierten über frichtige Angelegenheiten sich zu beraten. Das sei jedoch nicht Frankreichs Absicht gewesen. (1)

Paris, 12. April. Mitterand hat gestern dem englischen Botschafter Lord Derby die Antwort der französischen Regierung auf die englische Note überreicht.

Paris, 12. April. König Gustav von Schweden begab sich gestern nach London, um von dort über Paris nach Südfrankreich zur Erholung zu reisen.

Kowno, 12. April. Wie die litauische Telegraphenagentur meldet, hat Fischischerin mitgeteilt, daß Rußland die Unabhängigkeit Litauens vorweg anerkenne und sie nicht erst bei den Friedensverhandlungen erörtern wolle.

Amsterdam, 12. April. Laut „Times“ ist in Jerusalem der Belagerungszustand verhängt worden. Bei den jüngsten Zusammenstößen wurden 12 Juden und 4 Mohammedaner getötet, 5 Juden, 22 Mohammedaner und 2 Christen verwundet.

Newyork, 12. April. Man schätzt die Zahl der in den westlichen Bezirken streikenden Eisenbahnangestellten auf 40 000 Mann. Viele Tausende von Arbeitern werden zum Feiern gezwungen.

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.
(Fortsetzung.)

9

Die Mutter Wilhelminens hätte, in dem eigenen großer Welt der braven Alten, liegt der kranke Fremde in schweren Fieberphantasien.

Die großen Häute Martins, des „Doktors“ von Hüffel-Waldfeld, mögen gut sein für die stiermadigen „Jungen“. Für die zartgebauten Glieder des vornehmen Jünglings erwiesen sie sich als allzu kräftig. In argen Schmerzen windet sich der arme junge Mann auf seinem harten Lager, und Tränen treten in Hummelchens Augen bei Anblick der schmerzverzerrten feinen Boge.

Gegen Morgen schläft der Kranke endlich etwas ein. Und während Mutter Wilhelmine in die Küche geht, um für eine Suppe zu kochen, setzt die wilde Hummel sich still hin neben das Schmerzenslager.

Er wohnt sich daheim in Deutschland. In Berlin. Und wieder beginnen die Fieberphantasien ... Von seiner Mutter spricht er ... von einer großen Villa und vielen Freunden.

Tabei lehrt ein Name beständig wieder, so daß er sich dem Ohr des Mädchens fest einprägt.

„Norbert“ heißt der Name. Und wiederholt wird er gerufen in Verbindung mit einem andern.

Und dieser andere Name ist „Liselotte“.

Wer mögen die beiden sein? Bruder und Schwester? Oder Mann und Frau? Und ob Norbert und Liselotte wohl diesem Jüngling gleichen? Und ob dort oben im Norden die Menschen alle so zart und blond und rosig sind? ...

Nachdenklich ruht Hummelchens Blick auf dem blassen Gesicht, das jetzt mit geschlossenen Augen so still in den buntgeblühten Kissen liegt.

Und wieder öffnen sich die fieberheißen Lippen. Und wieder ringt sich ein Name aus der schweratmenden Jünglingsbrust.

„Sonnenscheinchen!“

Verwundert horcht das Mädchen auf. Ihr eigener Name? Wie komisch!

Und wieder:

„Sonnenscheinchen! Liebes Sonnenscheinchen! ... Steh nur, Norbert, wie schön sie ist! Viel schöner als die Tamen bei uns! Auch schöner als Liselotte! ... Solch wundervolle dunkle Locken! Und solche glänzenden schwarzen Augen! ... Und ihr Lachen! Wie eine Glocke so hell! ... Und mutig ist sie, Norbert! Mutig! Keine Wachsputze, wie unsere Mädchen daheim. Mein Leben hat sie gerettet ... mit Gefahr ihres eigenen Lebens! ... Du willst es nicht glauben? Du lachst? ... Steh hier, das Loch in ihrem Hut! Das hat die Krugel gerissen — oh, oh!“

Der Kranke schauert zusammen. Auf seinen bleichen Wangen brennen zwei rote Flecken.

„Ich werde sie um den Hut bitten ... sie muß ihn mir geben ... ja, sie muß! ... Sie muß mir noch viel mehr geben ... ja, noch viel mehr ... Sonnenscheinchen, Sonnenscheinchen!“

Erstrocken über den ihr unverständlichen leidenschaftlichen Ton in seiner Stimme springt das Mädchen empor und will rasch das Zimmer verlassen. Als ahne der Kranke ihre Absicht, schreit er plötzlich laut auf:

„Sonnenscheinchen, Sonnenscheinchen! Verlaß mich nicht ... Bleib bei mir!“

Sie schwankt. Dann wirft sie ärgerlich den Kopf

in den Nacken. Ah bah! Wovor fürchtete sie sich denn? Sie, die wilde Hummel, die sich noch nie gescheut hat — nicht vor dem Heuschreckengesier, nicht vor dem Kafferngesindel, nicht vor daherschaufenden Blinkenkugeln und wildem Getier? Lächerlich!

Mit sich selbst unzufrieden, nimmt sie wieder auf dem groben Holzstuhl am Krankenbett Platz und legt ihre kühle feste Hand auf die fieberheiße Stirn ihres Schälkings.

Und wie unter einem magnetischen Einfluß beruhigt er sich nach und nach. Gleichmäßiger wird sein Atem. Die Fieberglut weicht.

Als Mutter Wilhelmine bald darnach mit einer kräftigen Suppe eintritt, schläft Gerald v. Trotha — den tiefen, stärkenden Schlaf der Genesung.

Die wilde Hummel aber verläßt schweigend das Zimmer.

Ihre großen Augen zeigen einen seltsamen Ausdruck, halb Verwunderung, halb mädchenhafte Scheu vor etwas Unbekanntem, Unfaßbarem, das sie sich nicht erklären kann und das sie beängstigt —

Eine Ahnung davon dämmert in ihr auf, daß sie kein Kind mehr ist. Und etwas wie Bangen zieht durch ihre Seele.

Wäre Karl doch da! Ihr Heber, guter Freund Karl, dem sie stets alles anvertraut! Den sie in allem ihr Unverständlichen um Rat fragt!

Aber Karl Heinzius ist seit heute früh in Kapstadt und kommt erst in ein paar Tagen zurück.

Das kleine Erlebnis hat zur Folge, daß die wilde Hummel sich nicht wieder an dem Krankenlager ihres Schälkings bilden läßt.

(Fortsetzung folgt.)



Die absolute Währung.

(Schluß.)

Nun muß aber Vorkehrung getroffen werden, daß die Zahlungsmittel auch wirklich ihren Zweck erfüllen, indem sie umlaufen. Es darf nicht sein, daß irgendwelche Banknoten-Händler das Geld dem Verkehr entziehen, bei sich aufspeichern, dadurch willkürlich Preissteigerungen hervorgerufen, und dann in einem ihnen geeignet erscheinenden Augenblick die Welt mit ihren aufgehäuften Geldvorräten überschwemmen und pöbliche Preissteigerungen erzeugen. Damit wäre ja die Aufgabe des Währungsamts vereitelt; jede Maßnahme dieses Amtes könnte dann durch Gegenzüge von Geldamtsheerern durchkreuzt werden und das alte Geld wäre wieder da. Um dem vorzubeugen, muß das Geld mit einer Eigentümlichkeit behaftet werden, die ihm jeden Eigenwert nimmt, es zum reinen Verkehrsmittel, Warenaustauschmittel macht und ihm den Zwangsumlauf selbstständig sichert. Geht es um das Geld, durch welches er an die Stelle des bisherigen Geldes sogenanntes Freigeld treten läßt. Dieses erhebt von Woche zu Woche einen Kursverlust von 1 vom Tausend, im Lauf eines Jahres also 5 vom Hundert. Ein Schein von 10 Mark Nennwert hat also nach 4 Wochen nur noch den Kaufkraft von 9 Mark 50 Pfennig, nach 8 Wochen von 9 Mark 50 Pfennig. Die 5 vom Hundert an jährlichem Kursverlust kommen dem Staat zu gut. Jedem Geldschein ist eine Tabelle aufgedruckt, die für jede Woche des Jahres erkennen läßt, wieviel zu ihm drangedrückt werden muß, um den Nennwert zu erreichen. Am Schluß des Jahres wird alles im Umlauf befindliche Geld gegen neue Scheine umgetauscht; die alten verlieren ihre Gültigkeit. Der an sich geringe Kursverlust von 1 vom Tausend in jeder Woche läßt das Auffpeichern und Zurückhalten der Scheine somit als unrentabel erscheinen. Jeder gibt sein Geld gern so schnell als möglich weiter; es bleibt nirgends mehr hängen; Stockung in des Geldverkehrs sind ausgeschlossen; der Zwangsumlauf ist selbstständig gesichert, weil niemand den Kursverlust tragen oder doch jeder ihn für sich aus dem mindeste Maß herabdrücken will, indem er den Geldschein so rasch als möglich wieder in den Verkehr bringt.

Ein Einwand liegt nahe: wird denn bei dem Freigeld auch gespart, kann gespart werden, wenn jeder bestrebt ist, sein Geld so schnell als möglich los zu werden? Der Einwand trifft nicht. Denn zum ersten: Schuldforderungen, Darlehen usw. bleiben in der vollen Höhe ihres Nennwerts bestehen; sie unterliegen keinem Kursverlust. Ebenso ist es mit Sparanlagen. Wenn ich heute 100 Mark Freigeld auf die Sparkasse bringe, so ist und bleibt mir die Sparkasse volle 100 Mark Nennwert schuldig. Sie selber bezahlt ja das Geld auch nicht, sondern leiht es aus und fahrt es dadurch dem Umlauf wieder zu. An der Forderung von 100 Mark Nennwert, die ich auf Grund meiner Einlage an die Sparkasse habe, wird dadurch nicht das geringste geändert. Zum anderen aber hat Europa jetzt erst einen rechten Sinn, denn jetzt habe ich die Gewißheit, daß ich in 20 oder 30 Jahren für meine 100 Mark Sparguthaben die Erde, die Waren (z. B. durchschnitten) kaufen kann, wie zur Zeit der Sparanlage; die unbedingte Währung gibt mir die Gewißheit dafür, daß sich die durchschnittliche Kaufkraft des Geldes nicht mehr verändern wird.

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß Gesellschaft noch der Bodenrechtsfrage keine völlige Beachtung zugewendet hat und darin eine Lösung erblickt, die die der deutschen Bodenreformbewegung unter Damalsches Führung weit übersteigt. Gesellschaft will die ganze Grundrente dem Staat zuführen durch Verstaatlichung des gesamten Grund und Bodens (aber nicht seiner Verwertigung) gegen Entschädigung.

Wer die Grundgedanken der Gesellschaftlichen Währungsreform genauer kennen lernen will, sei aufmerksam gemacht auf die sehr klare und sachliche Schrift von Georg Hammer, „Die Währungsfrage“ (Wilmverlag Stuttgart). Gesellschaft hat seine Gedanken niedergelegt in seiner Hauschrift „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (Freiwirtschaftlicher Verlag, Sohra in Hessen). Sehr eingehend beschäftigt hat sich mit diesen Fragen der Münchener Arzt Dr. phil. et med. Theodor Christen, zuletzt in dem volkswirtschaftlichen Abschnitt seines Buches „Die menschliche Fortpflanzung, ihre Gesundheit und Veredelung“ (Erasmius Verlag, München), ein Buch, das auch sonst die weitest Verbreitung und Beachtung verdient.

Verchiedenes.

Postsendungen ins Ruhrgebiet. Die Postsendungen an die im Ruhrgebiet verwendeten Truppen erleiden dadurch vielfach Verzögerungen, da auf ihnen kein Bestimmungsort angegeben ist. Neben der genauen Bezeichnung des Truppenteils ist der Vermerk „Leistelle H. Lippstadt“ beizufügen.

Wieder ein Krach. Nach dem Maulwurfsjell- und Silberkrach ein Teppichkrach! Wie in Schieberkreisen gelagt wird, finden die Teppiche, die um Zehntausende und Hunderttausende von der edlen Schieberzunft aufgekauft worden waren, nur noch schwer und zu stark sinkenden Preisen Abnehmer. Schuld daran sei die böse Valuta, die in Deutschland steigt, in Frankreich und Italien fällt. — Die Reichsbank hat den Preis der Silbermark von 8 auf 7 Papiermark herabgesetzt; der Preis wird weiter sinken. Der Reichsbank ist es gelungen, einen beträchtlichen Silberbeschaff anzulegen.

Württemberg.

Stuttgart, 12. April. (Amtlich.) Der von der (württ.) Reichswehrbrigade XIII in das Ruhrgebiet entsandte Landtagsabgeordnete Dier schied der zuständigen Stelle folgenden Bericht: Die Kampfhandlungen sind so gut wie beendet. Die sogenannte Rote Armee befindet sich in voller Auflösung. Der größte Teil versteckte seine Waffen und ging wieder als Privatmann an seine Arbeit. Die übrigen, die begründete Ursache haben, vorläufig zu verschwinden, gingen in das besetzte Gebiet, um dort bessere Zeiten abzuwarten. Die Arbeit ist überall, mit wenigen Ausnahmen wieder aufgenommen worden. Außerlich betrachtet ist die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt. Doch nur scheinbar; das Feuer glüht unter der Asche weiter, und jeder Tag kann neue Uebererregungen bringen, zumal die Ablieferung der Waffen sehr gering ist. Noch keine 10 Prozent sind abgeliefert. Es herrscht daher eine sehr gedrückte Stimmung darüber, daß die Reichswehr wieder abzurufen soll, ehe die Entwaffnung durchgeführt ist. Nicht etwa nur in bürgerlichen Kreisen, sondern auch in Arbeiterkreisen fürchtet man eine Wiederholung der Schreckensherrschaft der bewaffneten Banden. Hatte man zwar in den ersten Tagen bei Abwehr des Rapp-Butsches noch Ordnung und Disziplin in der Roten Armee, deren Führer in der Mehrzahl aus Unabhängigen bestand, so änderte sich das sehr schnell. Die zahl- und wahllose Verwundung aller sich Zutragenden rückte sich bitter. Die Leiter der Organisation verloren sehr schnell die Fassung. An Stelle der anfänglich straffen Oberleitung traten die Banden, die auf eigene Faust vorgingen. „Requisitionen“ aller möglichen Gegenstände, nicht nur von Lebensmitteln, wurden unter Bedrohung mit

der Waffe durchgeführt. Der unabhängige Führer eines 10 000 Mann starken Heeres, das auf Dortmund marschierte, warnte selbst die dortige Stadtverwaltung telefonisch. Er meidete den Komarsch seines Hauses und teilte dabei mit, die Stadt möge sich versehen, er habe die Leute nicht mehr in der Hand. Die Arbeiter eines Kohlenbergwerks bei Dortmund nahmen die Verteidigung des Bergwerks selbst in die Hand. Sie legten regelrechte Schützengraben an. Ebenso die Zehntausende von Arbeitern in dem großen Eisenhüttenwerk Union. Ein bittererstes und überaus trauriges Bild, Arbeiter schießen sich gegenseitig über den Haufen. Einige Führer, Unabhängige, wurden als „Verwäter“ von ihren eigenen Leuten erschossen. Misstrauen, Haß und Neid gewannen rasch die Oberhand. Dabei ist ein Ende nicht voranzusehen. Unter der Decke wird weitergeschickt und gehezt und jeder Tag kann eine Neuauflage bringen. Mancher, der seither für Diktatur (des Proletariats) schwärmte, ist in den wenigen Tagen gründlich kurirt worden.

Stuttgart, 12. April. (Vom Landtag.) Die Fraktion der Bürgerpartei hat die Anfrage eingebracht, ob das Ministerium bereit sei, ähnliche Maßnahmen gegen den Bezug aus den Ostländern zu treffen wie Bayern.

Stuttgart, 12. April. (Die Württemberger im Ruhrgebiet.) Nach amtlicher Mitteilung sind bis 10. April von den württembergischen Truppen im Ruhrgebiet 8 Mann gefallen und 20 verwundet worden. Die Truppen wurden überall freundlichst aufgenommen; die Stimmung ist ausgezeichnet.

Stuttgart, 12. April. (Jubiläumsausstellung.) Im Handelsbezirk wurde gestern anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Schwäb. Schillervereins und der Weihe des weltbekannt gewordenen, von König Wilhelm II. dem großen Sohn Schwabens gewidmeten Schillermuseums in Marbach die von Geh. Hofrat Prof. Dr. von Gantner veranstaltete und geleitete Ausstellung schwäbischer Schrifttums aus der Gegenwart eröffnet. Alle, die im Schwabenland zu singen und zu sagen wissen, sollten in der Ausstellung nach ihren Büchern, Handschriften und Bildern vertreten sein. Und so sind denn etwa 180 Dichter und Dichterinnen — in Wirklichkeit mögen es ihrer noch weit mehr sein — gesammelt, darunter die bekanntesten Villenien, César Flaischlen, Ehler, Fink, Hesse, Jolbe Kurz, Auguste Supper, Theresie Köstlin u. a., ohne Unterschied von Partei und Konfession, sind doch selbst die Kommunisten Hörnte und Müll vertreten. Ein besonderer Saal ist den seit Kriegsausbruch Gestorbenen gewidmet, darin der Bauerndichter Christian Wagner-Warmbronn, Hermann Essig u. a. Die Ausstellung wird hier 2 Wochen geöffnet bleiben und dann ins Schillermuseum nach Marbach verlegt werden.

Gmünd, 12. April. (Diebstahl.) Hier wurden vier Personen festgenommen, die in einer Fabrik für über 40 000 Mark Kupfer gestohlen hatten.

Vom Oberen Neckar, 12. April. (Schlechte Aussichten.) Die Neppseider haben unter den rauhen Winden und der Kälte um die Wende des Februars und März so stark gelitten, daß sie größtenteils umgeadert werden müssen.

Neutlingen, 11. April. (Knochen statt Fleisch.) Wie die „Freie Presse“ berichtet, wurden am Freitag vom Bahnhof aus 22 Stück Vieh, meist Kühe der Allgäuer Rasse, dem Schlachthaus zugeführt, die der Stadt zur Fleischversorgung zugewiesen, aber total abgemagert waren und sich kaum mehr auf den Beinen halten konnten. Die Tiere, die schon monatelang eine Hungerkur durchgemacht haben müssen, sollen aus dem Oberamt Vöhringen stammen. Der Gemeinderat wurde von der Fleischabweisungsstelle über die Sachlage unterrichtet und beschloß, die armen Tiere zu schlachten, das Fleisch aber der Landesversorgungsstelle zur Verfügung zu stellen. Letztere erklärte sich damit einverstanden, daß die Tiere hier geschlachtet und das Fleisch auf der Freibank abgegeben wird. Der Schaden dürfte nicht klein sein.

Kottweil, 12. April. (Verbotene Bäckereibetriebe.) Auf Androhung des Oberamts sind die hiesigen Bäckereibetriebe von Theodor Gugel, Joseph Maier, Eugen Wink und Otto Willinger wegen Abgabe von Brot ohne Marken und wegen Sackens von Salzwecken für den eigenen Haushalt bis auf weiteres geschlossen worden.

Baden.

Karlsruhe, 12. April. Der Bad. Lehrerverein hat dem Ministerium davon Kenntnis zu geben, daß der Erlaß über die Zulassung der Volksschullehrer zum Hochschulstudium allgemein verurteilt werde. Solche Regelungen sollen nicht erfolgen, ohne daß zuvor die Vertretung der Lehrerschaft gehört werde. Gegen die Entlassung unabhängiger Lehrkräfte soll Einspruch erhoben werden, solange noch Lehrer über ihre Kräfte mit Unterrichtsstunden belastet seien.

Karlsruhe, 12. April. Der Bad. Eisenbahnerverband hat einen neuen Tarif eingereicht. Darnach sollen die Löhne vom 1. April folgendermaßen festgelegt werden: Für Handwerker in der Ortsgruppe 1 mit dem 18. Lebensjahre 360 bis 570 M.; mit dem 24. 580 M., in Ortsgruppe 2: 350 bis 570 M.; in Ortsgruppe 3: 340 bis 560 M.; die Handarbeiter der ersten Kategorie sollen erhalten in Ortsgruppe 1: 330 bis 550 M.; in Ortsgruppe 2: 320 bis 540 M.; in Ortsgruppe 3: 310 bis 530 M.; die Handarbeiter der Kategorie 2 in Ortsgruppe 1: 320 bis 540 M., in Ortsgruppe 2: 310 bis 530 M.; in Ortsgruppe 3: 300 bis 520 M. Für alle in Mannheim oder Ludwigshafen wohnenden oder beschäftigten soll ein Ortszuschlag von 20 Pfg. für jede Arbeitsstunde gewährt werden. Frauen sollen mindestens $\frac{1}{2}$ der Männerlöhne erhalten; wenn sie Männerarbeit verrichten, sollen sie Männerlöhne beziehen. Den Bediensteten soll für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März ein Lohnnachvergüten von je 40 Pfg. für die in dieser Zeit geleistete Arbeitsstunde gewährt werden.

Karlsruhe, 12. April. Die Aktiengesellschaft Sumner in Karlsruhe-Grünwinkel hat den Ankauf der v. Selbenschlag'schen Brauerei in Karlsruhe-Mühlburg beschlossen. Das Aktienkapital der Mühlburger Brauerei beträgt 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark.

Pforzheim, 12. April. Auf der Bahnstrecke Dillstein-Brödingen wurde die Leiche eines 16-jährigen jungen Mannes gefunden. Sein Körper war mitten erdweiche getrennt. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Arbeiter aus der Gegend von Mombach-Neuhäusern.

Pforzheim, 12. April. Die hiesigen Bäckermeister werden am Dienstag eine Protestversammlung gegen die Verordnung des Arbeitsministeriums abhalten, wonach den Bäckermeistern verboten wurde, bis auf weiteres Lehrlinge anzunehmen.

Pforzheim, 12. April. Aus einer hiesigen Fabrik wurden eine größere Anzahl silberne Schmuckstücken und verschiedene Goldgegenstände gestohlen.

Mannheim, 12. April. Die Handlungsgehilfen Fr. Griffler Max Deppler und Johann Holle hatten einen Einbruch in die Villa Ballenberg verübt und dort das Silberzeug im Gesamtwerte von 250 000 M. gestohlen und zum größten Teil zu einem Barren eingeschmolzen. Den Barren verkauften sie zu 22 000 M. Ein Kaffeeservice im Wert von 50 000 M. konnte noch rechtzeitig beschlagnahmt werden. Griffler erhielt wegen schweren Diebstahls 1 Jahr 9 Monate, Deppler 1 Jahr 6 Monate und Holle 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. — Am 27. Februar hatte der Finanzgehilfe Friedrich Thomä im hiesigen Finanzamt eine Kassette mit 43 000 M. gestohlen. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Bis auf 1600 M. konnte der Fehlbetrag wieder beigebracht werden.

Mannheim, 12. April. Die hiesige und die Karlsruher Einwohnerwehr haben ein Telegramm an die badische Regierung und an den Reichskanzler gerichtet, indem sie gegen die Auflösung der Einwohnerwehren Einspruch erhoben. Auch die Stadtverwaltung von Mannheim hat gegen die Auflösung der Einwohnerwehren Stellung genommen.

Sinsheim, 12. April. Die 17-jährige Emilie Kollwagen aus Durlach ist sich zwischen Sinsheim und Hofenheim von einem Zug überfahren lassen. Wahrscheinlich beging sie die Tat aus Furcht vor Strafe.

Badenweiler, 12. April. Drei Mädchen suchten in der Nähe der Bergmannsruhe Holzspäne. Dabei geriet ein geschälter Baumstamm ins Rutschen und traf die Marie Kronmüller aus Schwäbisch-Gmünd so unglücklich, daß ihr der Leib aufgeschliffen wurde. Die Unglückliche starb bald darauf.

Friedenweiler, 12. April. Die freien Räume des Schlosses Friedenweiler nebst Einrichtung wurden vom Fürsten von Fürstenberg auf 2 Jahre dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg zur Errichtung eines Kindererholungsheimes überlassen.

Nehl, 11. April. Die Bäcker sind hier in den Ausstand getreten, weil der Kommunalrat und einigen Bäckern das Geschäft schloß, da sie Brot ohne Marken zu hohen Preisen abgeben und sich an Messerschneidungen beteiligt haben sollen.

Hornberg, 12. April. Hier hat ein Geschäftsmann, um schnell reich zu werden, in Mannheim seine Spekulationen durch den plötzlich einsetzenden Preissturz voll er nun einen Verlust von 7000 M. haben. Im Bezirk Ettlingen soll ein Händler durch Raubmordspesifikationen nicht weniger als 40 000 M. verloren haben.

Oberharmersbach, 12. April. Die Gemeinde Oberharmersbach hat bei einem Kriegesfest allen anwesigen Kriegern oder ihren Hinterbliebenen ein Geschenk von 50 Mark gegeben, auch den eis Veteranen aus den Kriegen von 1866 und 1870-71. Jedes Schulkind bekam ein kleines Andenken.

Mutmaßliches Wetter.

Ein großer atlantischer Luftwirbel zieht im Norden vorüber und erstreckt sich auch mit seinen Ausläufern auf Süddeutschland. Am Mittwoch und Donnerstag ist Uebergang zu nasskaltem Wetter zu erwarten.

Locales.

Getreidepremie. Bis 15. April wird für das abgelagerte Brotgetreide und Gerste noch die 20-Schillingprämie bezahlt. Vom 16. April ab wird die Prämie auf 10 M. der Zentner herabgesetzt.

Neue Brotpreiserhöhung. In nächster Zeit wird eine sehr beträchtliche neue Steigerung des Brotpreises zu erwarten sein. Sie wird damit begründet, daß das Mehl außerordentlich knapp und teuer geworden sei und die Arbeitslöhne sich weiter erhöht haben. Der Zusatz von teureren, wenn auch minderwertigen Erzeugnissen, wie Weizenmehl, Kartoffelmehl usw. sei nicht mehr zu umgehen. Wie die „Bad. Presse“ meldet, wird z. B. in Karlsruhe der kleine Laib, der bisher 97 Pfg. kostete, nun auf 1.50 M. zu stehen kommen und der große Laib wird statt 1.94 nun 3 M. kosten. — Wo soll das noch hinaus!

Förderung des Gemüsebaus. Wie in früheren Jahren hat sich die Badische Landwirtschaftskammer wiederum zur Abhaltung von Gemüsebaukursen den Gemeinden, die solche wünschen, zur Verfügung gestellt. Die Kurse finden nach Vereinbarung statt und umfassen neben Lehrtätigkeit hauptsächlich auch praktische Unterweisungen.

Die Tabaksteuer soll nach dem Voranschlag ein Erträgnis von 1 Milliarde M. haben, wovon 750 Millionen auf die Zigaretten, 240 Millionen auf Zigaren und 20 Millionen auf Pfeifentabak fallen. — Bis auf weiteres stehen der Zigarettenindustrie 13 Millionen kg. Rohabak zur Verfügung, woraus 15 Milliarden Zigaretten hergestellt werden können. Falls dies trotz der hohen Preise nicht ausreicht, werden England und Amerika uns freundlichst ausstehen, zu welchem Zweck im Ruhrgebiet bereits Fabriken gegründet sind, die während der nächsten 5 Jahre zollfrei eingeführt werden dürfen.



Aus der Heimat.

Wildbad, den 14. April 1920.

Sorggewinnung aus dem Wildseemoor. Mit größter Beunruhigung verfolgen die Bewohner des Enztales die immer wieder auftauchenden Gerüchte, daß die Regierung beabsichtige, der augenblicklichen Stimmung eines Teils der Bevölkerung nachgebend, das hochgelegene Wildseemoor zur Torfgewinnung heranzuziehen. Waren es vor Jahrzehnten die Bestrebungen, das Moor für Holznutzung dienstbar, d. h. durch Entwässerung den Boden urbar zu machen, die die Bevölkerung des Enztales durch Hochwasserkatastrophen büßen mußte, so war es in den 90iger Jahren, als Pionierkompanien Wege schufen und Drainagen anlegten, das 90er Hochwasser, das diese Unmöglichkeit erneut bitter vor Augen führte und zum Verbaun der Anlage Anlaß gab. Das diesjährige Hochwasser wird allgemein auf die Vermorschung dieser Verbauungen im Hochmoorrevier zurückgeführt und es ist kein Wunder, wenn bei dem enormen Gefälle der Enz und der dadurch erhöhten Hochwassergefahr sich alle Bewohner energisch gegen eine derartige Anlage aussprechen. Konnten früher Jahrzehnte im Enztales vergehen, ehe der Schreckensruf ertönte „Das Moor tritt aus!“, so würde die Bevölkerung jedes Frühjahr einer solchen Katastrophe entgegensehen müssen. Ganz abgesehen von den oben beschriebenen Umständen würde bei der für die Torfentnahme nötigen Entwässerung des Moores der von der Natur geschaffene, durch das Hochmoor als Auffangschwamm der Winterfeuchtigkeit gebildete Stausee ganz wesentliche Einbuße erleiden, mit anderen Worten: um einen kurzen Raubbau auf minderwertiges Brennmaterial würde die heute mehr als je für unser Land so notwendige weiße Kohle vernichtet werden. (Schw. Merk.)

Turntag. Am Sonntag, den 9. Mai findet hier ein Gouturntag des Unteren Schwarzwaldgaues, verbunden mit Gouturnfahrt statt, woran voraussichtlich eine größere Anzahl auswärtiger Turner teilnehmen werden.

Letzte Nachrichten.

München, 13. April. In der heutigen Sitzung des Wahlprüfungsausschusses verwarf sich Ministerpräsident Dr. von Kahr dagegen, daß ihm von Blättern wie der „soz. Münchner Post“ Äußerungen zugeschrieben werden, die eine Möglichkeit der Trennung von Nord- und Süddeutschland angedeutet haben sollen. Er habe immer die Überzeugung vertreten, daß die Trennung vom Reich für Bayern eine verderbliche Vereinfachung bedeuten würde. Er habe aber keine Veranlassung, von der Anschauung abzugehen, daß die Einwohnerwehr eine Grundfrage der staatlichen Ordnung in Bayern sei.

Die Gefahr der verprengten Banden.

Münster in Westf., 13. April. Nach einem Bericht von militärischer Seite haben sich ehemalige Rotgardisten ins Wuppertal und seine Umgebung gelichtet. Es herrscht infolgedessen überall große Unsicherheit. Das Raubgesindel ist teilweise vornehm gekleidet und oft nicht einmal der deutschen Sprache mächtig. Die gesamte Bürgerschaft und die Mehrheit der Arbeiter hat das ganze Treiben satt. — Eine Waffenabgabe hat im Wuppertal kaum stattgefunden.

Budapest, 13. April. In dem Prozeß wegen der Verschwörung gegen das Leben des Reichsverwesers wurden alle vier Angeklagte zum Tode verurteilt, aber vom Reichsverweser zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Kopenhagen, 13. April. Nach einer Meldung aus Kopenhagen ist der erste Zug aus dem Innern Rußlands in Narwa eingetroffen.

— **Die Jugendämter.** Zu richterlichen Mitgliedern der würt. Jugendämter werden die dienstaufsichtsführenden Amtsdirektoren am Sitz der betreffenden Ämter berufen.

— **Brotpreiserhöhung.** Der Reichsrat hat die Erhöhung des Brotpreises von 1.40 Mk. auf 2 Mk. be-

schlossen. Der Zuschlag auf den Grundpreis der Kartoffeln wurde von 2.50 auf 5 Mk. erhöht. — Durch das neue Prämiensystem und die hohen Preise für ausländisches Getreide hat die Reichsgetreidekasse einen Abmangel von 4,7 Milliarden Mk., wovon 1,7 Milliarden auf das Reich übernommen werden. Die Reichskartoffelkasse verzeichnet eine Mehrausgabe von etwa 770 Millionen. Der Weizenpreis wird auf 103 Mk. der Doppelzentner erhöht, die von den Kommunalverbänden zu zahlende Vergütung außerdem auf 92 Mk.

Stuttgart, 13. April. (Verein evangl. Organisten.) Der Verein evangl. Organisten Württembergs wählte den Stiftsorganisten N. Strebel-Stuttgart zum Vorstand an Stelle des verst. Prof. Heinrich Lang. In den Ausschuss wurde gewählt Prof. Schäfer-Heilbronn und Musikdirektor Kimmertle-Stuttgart.

Ulmersbach, O.N. Bodnang, 13. April. (Zusammenstoß.) Der Amtsdirektor Schuabel wurde nachts von einigen Burtschen aus Unterweissach, die er wegen Lärmens zur Ruhe verwiesen hatte, angegriffen. Er mußte von seinem Seitengewehr Gebrauch machen, wobei der 21jährige Gottlieb Schaal tödlich verletzt wurde.

Die Frankfurter Messe. Die französische Befehlsbehörde gab dem Messeamt in Frankfurt a. M. die Zusage, daß der Messe vom 2. bis 11. Mai keine Hindernisse in den Weg gelegt werden sollen.

England und die Donau. Englands Veruche, die ganze Donaunavigation zu beherrschen, nehmen immer greifbarere Gestalt an. Eine englische Kapitalistengruppe hat nach Wiener Blättermeldungen Verhandlungen angeknüpft wegen Beteiligung an der Donaunavigationsgesellschaft, der süddeutschen Donaunavigationsgesellschaft und der ungarischen Fluß- und Seeschiffahrtsgesellschaft.

Medizinal-Drogerie

Grundner Nachf., Inh. Gebr. Schmit Wildbad empfiehlt

Ratronwasserglas u. Garantol zum Eier-Einlegen
Bohnerwachs gar. reine Delware, gelb und weiß,
Fußbodenöl, hell und geruchlos,
Stahlspähne, grob, mittel und fein,
Sämtliche Bürstenwaren in reinen Borsten,
Ofenwische 1. Qualität,
Seolin und Sidol, von 100 Gr. bis 5 Kilogramm, wieder Friedensqualität,
Freie's Fußboden-Lackfarbe in allen Nuancen,
Emaill-Lack-Farbe, weiß, sowie sämtliche Farben auf Wunsch angefertigt.

Freundliches **Fräulein** als Verkäuferin in hiesiges Warengeschäft gesucht. Schriftliche Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Chiffre 11 an die Exp. ds. Bl.

Zimmermädchen und **Küchenmädchen** in besseres Hotel sofort gesucht. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

G. Wohlmut & Co. Konstanz Kreuzlingerstraße 47 a Wohlmut's Heilapparate haben vielen **1000 d. n.** die Erlösung und Heilung von **Rheuma, Gicht, Arteriosklerose, Lähmungen, Frauen- u. Kinderkrankheiten** gebracht. Verlangen Sie kostenlos Druckschriften bei unserm **Medicinal-Drogerie G. Grundner Nachf. Wildbad.**

1 Fahrrad preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp.

Sitzung des Gemeinderats

am Donnerstag, den 16. April 1920 nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Armensachen.
2. Erwerbung des Hotel Palmengarten.
3. Neuregelung der Feuerungszulagen der Gemeindebeamten und Angestellten.
4. Verschiedenes.

Bekanntmachung.

Bezugscheine für **Brikett** von **Karl Tubach** werden von heute mittag 2 Uhr ab abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt.

Brotkarten-Abgabe.

Die Abgabe der Brot-Karten erfolgt am Donnerstag, den 15. April 1920.

Lebensmittelamt Wildbad.

Forstamt Wildbad.

Es wird vergeben: **zirka 500 Rm. Stockholz**

im Boden zum Sprengen und aufbereiten, in der Abt. 28 und 29. Die Beifahrt auf Station Wildbad ist mit inbegriffen. Offerten bis längstens Samstag, 17. April 1920 an die Exp. ds. Blattes.

Gardinen

am Stück und abgepaßt,

empfehlen

Phil. Bosch Nachf., Wildbad, Teleph. 32.

Medizinal-Drogerie Wildbad

Wir empfehlen noch zu günstigen Preisen sämtliche **Gummi-Artikel, Verbandstoffe** usw.

Gummi-Bettstoff prima Qual., braun u. grau
Frauentaschen 4-teilig
Clysos abdraubar und in einem Stück
Clystier-Spritzen aus Weich-Gummi u. Hart-Gummi mit Glas.

Irrigatoren, komplett, Blech m. Einsatz u. Emaille
Irrigat.-Schlauch, weicher Gummi
Sauger — Crystall
Schnuller mit Ring
Verband-Watte
Hartmanns Damenbinden
Mull-Binden
Cambric- u. Leinen-Binden
Benders Ideal-Binden.

Sämtl. Artikel sind nur erstklassige Waren

Medizinal-Drogerie

Grundner Nachf., Inh. Gebr. Schmit Wildbad empfiehlt

Broncen (Gold und Silber) Ofenrohr-Lack-Bronce, Eisenlack, tiefschwarz, Stoff-Farben (Braunsche) in allen Farben, Waschpulver, Seifenpulver, Kernseife, K. A.-Seife, Nemy-Reis-Stärke in Brocken, Borax, **Vorhang-Creme** in Flaschen und Pulver, **Möbel-Politur I. Kl.** „Alawal“, gibt den Möbeln ein neues Aussehen, alle Holzarten (poliert und unpoliert), **Baumwachs**, **Schuhcreme** (schwarz) **Trab-Trab** (gelb), **Leber-Appretur**, **Stiefel-Lack**, **Stroh-Hut-Lack.**

Unterhaltenes

Pianino

oder Flügel aus Privatband zu kaufen gesucht. Angeb. unter Chiffre S. 2. 1473 an Rudolf Woffe, Stuttgart erbeten.

Deutsche demokratische Partei Wildbad.

Am Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr, spricht der badische Minister des Auswärtigen

Dietrich

in der Turnhalle über

„Deutschlands wirtschaftliche Lage, Gegenwart und Zukunft“

wozu Männer und Frauen aller Parteirichtung höflichst eingeladen sind.

Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

Der Ausschuss der Deutschen demokratischen Partei Wildbad.

Einen ordentlichen **Lehrling** nimmt in die Lehre **Karl Treiber, Bäckermeister.**

Silbernes Kettchen mit Anhänger verloren. Abzugeben geg. Belohnung Hauptstraße 107 Schokoladengeschäft.

Für Hotels: Gebrauchte **Nudelmaschine** größeres Format zu verkaufen. Angebote unter 20 an die Exp. ds. Blattes.

2 Zimmer-Wohnung mit Balkon, gr. Mädchenkammer, Bad und sonstigem Comfort in ruhigem, westlichen Vorort Berlins bei bester Fahrverbindung, gegen freundliche, geräumige 2-3 Zimmer-Wohnung in Wildbad zu tauschen gesucht. Frau **Margarete Ritzsch, Friedenau (Berlin)** Peter-Bischer-Str. 12, (Hochparterre).

Seidener Herrenschild, mit hellbraunem rund. Naturholzgriff letzte Woche stehen geblieben. Abzugeben gegen 50 Mk. Belohnung bei Dr. Schwab, Bergbahngebäude.

Kaufe alte Grammophonplatten auch Bruch. per Kg. 10 — **Richard Curth,** — Musikhaus: — Pforzheim, Leopoldstr. 17 (Rosbrücke Kleidisch-Arkaden).

Cigarren von 55 Pfg. an, **Cigaretten** von 20 Pfg. an, **Tabake**, von Mk. 4.70 an pro Paket, amerik. Velvet, für Pfeife u. Cigarette, pro Dose Mk. 12.— bei **Chr. Schmid u. Sohn, Tabakwarengroßhandl. Wildbad.**

Wildbad. **Beleuchtungskörper, Glühlampen, Taschenlampen mit Akkumulator Elektr. Bügel- u. Koch-Apparate, Glühplatten, Heiz-Kissen** und sonstige Schwachstrom-Artikel alles prima Ware zum größten Teil Friedens-Ware empfiehlt 697 **Carl Hartmann** elektr. Installation u. mech. Werkstatt

Habe **eine Latten-Remise** zu verpachten. **Fritz Brachhold.**

Wildbad. **Beleuchtungskörper, Glühlampen, Taschenlampen mit Akkumulator Elektr. Bügel- u. Koch-Apparate, Glühplatten, Heiz-Kissen** und sonstige Schwachstrom-Artikel alles prima Ware zum größten Teil Friedens-Ware empfiehlt 697 **Carl Hartmann** elektr. Installation u. mech. Werkstatt

